

65 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XXI. GP

Ausgedruckt am 11. 5. 2000

Regierungsvorlage

Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Republik Türkei über soziale Sicherheit

ABKOMMEN

ZWISCHEN DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND DER REPUBLIK TÜRKEI ÜBER SOZIALE SICHERHEIT

**Die Republik Österreich
und
die Republik Türkei**

von dem Wunsche geleitet, die Beziehungen zwischen den beiden Staaten im Bereich der sozialen Sicherheit zu fördern und mit der Rechtsentwicklung in Einklang zu bringen,

in Anerkennung des Grundsatzes der Gleichbehandlung der Staatsangehörigen der beiden Staaten bei Anwendung der innerstaatlichen Rechtsvorschriften über soziale Sicherheit und der Aufrechterhaltung der erworbenen Ansprüche und Anwartschaften,

sind übereingekommen, folgendes Abkommen zu schließen:

ABSCHNITT I

ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

Artikel 1

Begriffsbestimmungen

- (1) In diesem Abkommen bedeuten die Ausdrücke
1. "Österreich"
die Republik Österreich,
"Türkei"
die Republik Türkei;
 2. "Rechtsvorschriften"
die Gesetze, Verordnungen, Satzungen und sonstige allgemein rechtsetzende Akte, die sich auf die in Artikel 2 Absatz 1 bezeichneten Zweige der sozialen Sicherheit beziehen und im Gebiet oder in einem Teil des Gebietes eines Vertragsstaates in Kraft sind;
 3. "zuständige Behörde"
die Bundesminister oder Minister, die mit der Anwendung der in Artikel 2 Absatz 1 angeführten Rechtsvorschriften betraut sind;
 4. "Träger"
die Einrichtung oder Behörde, der die Anwendung der in Artikel 2 Absatz 1 bezeichneten Rechtsvorschriften oder eines Teiles davon obliegt;
 5. "zuständiger Träger"
den Träger, bei dem die betreffende Person im Zeitpunkt des Antrages auf Leistung versichert ist oder gegen den sie einen Anspruch auf Leistungen hat oder noch haben würde, wenn sie sich im Gebiet des Vertragsstaates, in dem sie zuletzt versichert war, aufhalten würde;

6. Wohnort”
den Ort des gewöhnlichen Aufenthaltes;
7. “Aufenthalt”
den vorübergehenden Aufenthalt;
8. “Familienangehöriger”
einen Familienangehörigen nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaates, in dem der Träger, zu dessen Lasten die Leistungen zu gewähren sind, seinen Sitz hat;
9. “Versicherungszeiten”
Beitragszeiten und gleichgestellte Zeiten, die nach den Rechtsvorschriften der beiden Vertragsstaaten als solche gelten;
10. “Geldleistung”, “Pension” oder “Rente”
eine Geldleistung, eine Pension oder eine Rente einschließlich aller ihrer Teile aus öffentlichen Mitteln, aller Zuschläge, Anpassungsbetrages, Zulagen sowie Kapitalabfindungen und Zahlungen, die als Beitragserstattungen geleistet werden.

(2) In diesem Abkommen haben andere Ausdrücke die Bedeutung, die ihnen nach den betreffenden Rechtsvorschriften zukommt.

Artikel 2

Sachlicher Geltungsbereich

- (1) Dieses Abkommen bezieht sich
 1. in Österreich auf die Rechtsvorschriften über
 - a) die Krankenversicherung,
 - b) die Unfallversicherung,
 - c) die Pensionsversicherung mit Ausnahme der Sondersicherung für das Notariat;
 2. in der Türkei auf die Rechtsvorschriften über
 - a) die Kranken- und Mutterschaftsversicherung (mit Ausnahme der Rechtsvorschriften betreffend die Pensionskasse der Republik Türkei und Bag-Kur),
 - b) die Versicherung gegen Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten,
 - c) die Invaliditäts-, Alters- und Hinterbliebenenversicherung.

(2) Dieses Abkommen bezieht sich auch auf alle Rechtsvorschriften, welche die in Absatz 1 bezeichneten Rechtsvorschriften zusammenfassen, ändern oder ergänzen.

Artikel 3

Persönlicher Geltungsbereich

Dieses Abkommen gilt

- a) für Personen, für die die Rechtsvorschriften eines oder beider Vertragsstaaten gelten oder galten;
- b) für andere Personen, soweit diese ihre Rechte vor den in Buchstaben a bezeichneten Personen ableiten.

Artikel 4

Gleichbehandlung

(1) Bei Anwendung der Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates stehen dessen Staatsangehörigen gleich

- a) die Staatsangehörigen des anderen Vertragsstaates;
- b) Flüchtlinge im Sinne der Konvention vom 28. Juli 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und des Protokolls hiezu vom 31. Jänner 1967, die im Gebiet eines Vertragsstaates wohnen;
- c) Staatenlose im Sinne der Konvention vom 28. September 1954 über die Rechtsstellung der Staatenlosen, die im Gebiet eines Vertragsstaates wohnen.

(2) Absatz 1 berührt nicht

- a) die österreichischen Rechtsvorschriften betreffend die Berücksichtigung von Kriegsdienstzeiten und diesen gleichgehaltenen Zeiten;
- b) die Rechtsvorschriften der beiden Vertragsstaaten betreffend die Mitwirkung der Versicherten und der Dienstgeber in den Organen der Träger und der Verbände sowie in der Rechtsprechung in der sozialen Sicherheit;
- c) die Rechtsvorschriften der beiden Vertragsstaaten betreffend die Versicherung der bei einer amtlichen Vertretung eines der beiden Vertragsstaaten in Drittstaaten oder bei Mitgliedern einer solchen Vertretung beschäftigten Personen;

- d) die in den von beiden Vertragsstaaten geschlossenen Abkommen enthaltenen Regelungen betreffend die Übernahme einer Versicherungslast.

Artikel 5

Leistungstransfer

(1) Pensionen, Renten und andere Geldleistungen, die einer in Artikel 4 bezeichneten Person oder deren Hinterbliebenen nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates gebühren, sind, soweit dieses Abkommen nichts anderes bestimmt, auch bei Wohnort des Berechtigten im Gebiet des anderen Vertragsstaates zu zahlen.

(2) Absatz 1 gilt nicht für die Ausgleichszulage nach den österreichischen Rechtsvorschriften.

ABSCHNITT II

ANZUWENDENDE RECHTSVORSCHRIFTEN

Artikel 6

Allgemeine Regelung

(1) Soweit die Artikel 7 und 8 nichts anderes bestimmen, gelten für Erwerbstätige die Rechtsvorschriften des Vertragsstaates, in dessen Gebiet die Erwerbstätigkeit ausgeübt wird. Dies gilt bei Dienstnehmern auch dann, wenn sich ihr Wohnort oder der Sitz ihres Dienstgebers im Gebiet des anderen Vertragsstaates befindet.

(2) Für Beamte und ihnen gleichgestellte Personen gelten die Rechtsvorschriften des Vertragsstaates, bei dessen Verwaltung sie beschäftigt sind.

Artikel 7

Besondere Regelungen

(1) Werden Dienstnehmer, die im Gebiet eines Vertragsstaates wohnen, in das Gebiet des anderen Vertragsstaates von einem Dienstgeber entsendet, der sie im Gebiet des ersten Vertragsstaates gewöhnlich beschäftigt, so gelten für sie bis zum Ende des 24. Kalendermonats ihrer Beschäftigung im Gebiet des anderen Vertragsstaates die Rechtsvorschriften des ersten, Vertragsstaates, als wären sie noch in dessen Gebiet beschäftigt.

(2) Werden Dienstnehmer eines Luftfahrtunternehmens mit dem Sitz im Gebiet eines Vertragsstaates aus dessen Gebiet in das Gebiet des anderen Vertragsstaates entsendet, so gelten die Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaates so weiter, als wären sie noch in dessen Gebiet beschäftigt.

(3) Für die Besatzung eines Seeschiffes sowie für andere nicht nur vorübergehend auf einem Seeschiff beschäftigte Personen gelten die Rechtsvorschriften des Vertragsstaates, dessen Flagge das Schiff führt.

Artikel 8

Diplomatisches und konsularisches Personal

Für Diplomaten und Berufskonsuln und für das Verwaltungs- und technische Personal der von Diplomaten und Berufskonsuln geleiteten Vertretungsbehörden sowie für Mitglieder des dienstlichen Hauspersonals dieser Vertretungsbehörden und für die ausschließlich bei Diplomaten, Berufskonsuln und Mitgliedern der von Berufskonsuln geleiteten Vertretungsbehörden beschäftigten privaten Hausangestellten gelten die Bestimmungen der Wiener Konvention über diplomatische Beziehungen beziehungsweise der Wiener Konvention über konsularische Beziehungen.

Artikel 9

Ausnahmen

(1) Auf gemeinsamen Antrag des Dienstnehmers und seines Dienstgebers können die zuständigen Behörden der beiden Vertragsstaaten einvernehmlich Ausnahmen von den Artikeln 6 bis 8 vereinbaren, wobei auf die Art und die Umstände der Beschäftigung Bedacht zu nehmen ist.

(2) Gelten für einen Dienstnehmer nach Absatz 1 die Rechtsvorschriften des einen Vertragsstaates, obwohl er die Beschäftigung im Gebiet des anderen Vertragsstaates ausübt, so sind die Rechtsvorschriften so anzuwenden, als ob er diese Beschäftigung im Gebiet des ersten Vertragsstaates ausüben würde.

ABSCHNITT III BESONDERE BESTIMMUNGEN

Kapitel 1

Krankheit, Mutterschaft und Tod (Sterbegeld)

Artikel 10

Zusammenrechnung der Versicherungszeiten

Hat eine Person nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten Versicherungszeiten erworben, so sind diese für den Erwerb, die Aufrechterhaltung und das Wiederaufleben eines Leistungsanspruches zusammenzurechnen, soweit sie nicht auf dieselbe Zeit entfallen.

Artikel 11

Sachleistungen

(1) Eine Person, welche die Voraussetzungen für einen Leistungsanspruch nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates erfüllt und

- a) die im Gebiet des anderen Vertragsstaates wohnt oder
- b) deren Zustand während eines Aufenthaltes im Gebiet des anderen Vertragsstaates unverzüglich Leistungen erfordert und sich die Person nicht zum Zwecke der Inanspruchnahme einer ärztlichen Betreuung in den anderen Vertragsstaat begeben hat, oder
- c) die vom zuständigen Träger die Genehmigung erhalten hat oder erhält, sich in das Gebiet des anderen Vertragsstaates zu begeben, um dort eine ihrem Zustand angemessene Behandlung zu erhalten,

hat Anspruch auf Sachleistungen zu Lasten des zuständigen Trägers vom Träger des Wohn- oder Aufenthaltsortes nach den für diesen Träger geltenden Rechtsvorschriften, als ob sie bei diesem versichert wäre.

(2) Sofern nach Artikel 15 Absatz 2 eine Kostenerstattung durch Pauschalzahlungen nicht vereinbart wird, hängt im Falle des Absatzes 1 die Gewährung von Körperersatzstücken, größeren Hilfsmitteln und anderen Sachleistungen von erheblicher Bedeutung davon ab, daß der zuständige Träger hiezu seine Zustimmung gibt, es sei denn, daß die Gewährung der Leistung nicht aufgeschoben werden kann, ohne das Leben oder die Gesundheit der betreffenden Person ernsthaft zu gefährden.

(3) Die vorhergehenden Absätze sind auf Familienangehörige entsprechend anzuwenden.

(4) Absatz 1 Buchstaben b und c gelten in Österreich in bezug auf die Behandlung durch freiberuflich tätige Ärzte, Zahnärzte und Dentisten nur hinsichtlich folgender Personen:

- a) Personen, die sich in Ausübung ihrer Beschäftigung in Österreich aufhalten, sowie die sie begleitenden Familienangehörigen;
- b) Personen, die ihre in Österreich wohnende Familie besuchen;
- c) Personen, die sich aus anderen Gründen in Österreich aufhalten, wenn ihnen eine ambulante Behandlung für Rechnung der für ihren Aufenthaltsort zuständigen Gebietskrankenkasse gewährt wurde.

Artikel 12

Geldleistungen

(1) Im Falle des Artikels 11 Absatz 1 sind die Geldleistungen vom zuständigen Träger nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften zu gewähren.

(2) Hängt nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates die Höhe der Geldleistungen von der Zahl der Familienangehörigen ab, so berücksichtigt der zuständige Träger auch die Familienangehörigen, die sich gewöhnlich im Gebiet des anderen Vertragsstaates aufhalten.

Artikel 13

Pensionsbezieher

(1) Auf Pensionsempfänger aus der Pensionsversicherung der Vertragsstaaten sind die Rechtsvorschriften über die Krankenversicherung der Pensionisten des Vertragsstaates anzuwenden, in dessen Gebiet sich die Pensionsempfänger gewöhnlich aufhalten. Dabei gilt bei Gewährung einer Pension nur

nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates diese Pension als Pension nach den Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaates.

(2) Absatz 1 gilt entsprechend für Pensionswerber.

Artikel 14

Träger des Aufenthalts- oder Wohnortes

In den Fällen des Artikels 11 Absatz 1 und des Artikels 13 Absatz 1 zweiter Satz werden die Leistungen gewährt

in Österreich

von der für den Aufenthalts- oder Wohnort der betreffenden Person in Betracht kommenden Gebietskrankenkasse,

in der Türkei

von der Sozialversicherungsanstalt.

Artikel 15

Kostenerstattung

(1) Der zuständige Träger erstattet dem Träger des Aufenthalts- oder Wohnortes die nach Artikel 11 und Artikel 13 Absatz 1 zweiter Satz aufgewendeten Beträge mit Ausnahme der Verwaltungskosten.

(2) Die zuständigen Behörden können zur verwaltungsmäßigen Vereinfachung vereinbaren, daß für alle Fälle oder für bestimmte Gruppen von Fällen an Stelle von Einzelabrechnungen der Aufwendungen Pauschalzahlungen treten.

(3) Der Ersatz der Aufwendungen für Anspruchsberechtigte aus der österreichischen Pensionsversicherung nach Artikel 13 Absatz 1 zweiter Satz wird aus den beim Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger einlangenden Beiträgen zur Krankenversicherung der Pensionisten geleistet.

Artikel 16

Sterbegeld

(1) Stirbt eine Person, für welche die Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates gelten, oder ein Pensionsberechtigter oder ein Familienangehöriger im Gebiet des anderen Vertragsstaates, so gilt der Tod als im Gebiet des ersten Vertragsstaates eingetreten.

(2) Das Sterbegeld geht zu Lasten des zuständigen Trägers, auch wenn sich der Leistungsempfänger im Gebiet des anderen Vertragsstaates befindet.

Kapitel 2

Alter, Invalidität und Tod (Pensionen)

Artikel 17

Zusammenrechnung der Versicherungszeiten

(1) Hängt nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates der Erwerb, die Aufrechterhaltung oder das Wiederaufleben eines Leistungsanspruches von der Zurücklegung von Versicherungszeiten ab, so hat der zuständige Träger dieses Vertragsstaates, soweit erforderlich, die nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates zurückgelegten Versicherungszeiten zu berücksichtigen, als wären es nach den von ihm anzuwendenden Rechtsvorschriften zurückgelegte Versicherungszeiten, soweit sie nicht auf dieselbe Zeit entfallen.

(2) Hängt nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates die Gewährung bestimmter Leistungen von der Zurücklegung der Versicherungszeiten in einem Beruf, für den ein Sondersystem besteht, oder in einem bestimmten Beruf oder in einer bestimmten Beschäftigung ab, so sind für die Gewährung dieser Leistungen die nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates zurückgelegten Versicherungs-

zeiten nur zu berücksichtigen, wenn sie in einem entsprechenden System oder, wenn ein solches nicht besteht, im gleichen Beruf oder in der gleichen Beschäftigung zurückgelegt worden sind.

Artikel 18

Versicherungszeiten unter einem Jahr

(1) Erreichen die Versicherungszeiten, die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates zu berücksichtigen sind, insgesamt nicht zwölf Monate für die Berechnung der Leistung, so wird nach diesen Rechtsvorschriften keine Leistung gewährt. Dies gilt nicht, wenn nach diesen Rechtsvorschriften ein Leistungsanspruch allein auf Grund dieser Versicherungszeiten besteht.

(2) Die in Absatz 1 erster Satz genannten Versicherungszeiten sind von dem Träger des anderen Vertragsstaates für den Erwerb, die Aufrechterhaltung und das Wiederaufleben eines Leistungsanspruches sowie dessen Ausmaß so zu berücksichtigen, als wären es nach den von ihm anzuwendenden Rechtsvorschriften zurückgelegte Versicherungszeiten.

Teil 1

Leistungen nach den österreichischen Rechtsvorschriften

Artikel 19

Feststellung der Leistungsansprüche

Beanspruchen eine Person, die nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten Versicherungszeiten erworben hat, oder ihre Hinterbliebenen Leistungen, so hat der zuständige österreichische Träger nach den österreichischen Rechtsvorschriften festzustellen, ob die betreffende Person unter Zusammenrechnung der Versicherungszeiten nach Artikel 17 und unter Berücksichtigung der folgenden Bestimmungen Anspruch auf Leistung hat:

1. Verlängern nach den österreichischen Rechtsvorschriften Zeiten der Pensionsgewährung den Zeitraum, in dem die Versicherungszeiten zurückgelegt sein müssen, so verlängert sich dieser Zeitraum auch durch entsprechende Zeiten der Pensionsgewährung nach den türkischen Rechtsvorschriften.
2. Die in Tagen ausgedrückten türkischen Versicherungszeiten sind in Monate umzurechnen, wobei 30 Tage einem Monat entsprechen; Resttage gelten hiebei als ein ganzer Monat.

Artikel 20

Berechnung der Leistungen

(1) Besteht nach den österreichischen Rechtsvorschriften auch ohne Anwendung des Artikels 17 ein Leistungsanspruch, so hat der zuständige österreichische Träger die Leistung ausschließlich auf Grund der nach den österreichischen Rechtsvorschriften zu berücksichtigenden Versicherungszeiten festzustellen.

(2) Besteht nach den österreichischen Rechtsvorschriften nur unter Anwendung des Artikels 17 ein Leistungsanspruch, so hat der zuständige österreichische Träger die Leistung ausschließlich auf Grund der nach den österreichischen Rechtsvorschriften zu berücksichtigenden Versicherungszeiten und unter Berücksichtigung der folgenden Bestimmungen festzustellen:

1. Leistungen oder Leistungsteile, deren Betrag nicht von der Dauer der zurückgelegten Versicherungszeiten abhängig ist, gebühren im Verhältnis der nach den österreichischen Rechtsvorschriften für die Berechnung der Leistung zu berücksichtigenden Versicherungszeiten zu 30 Jahren, höchstens jedoch bis zur Höhe des vollen Betrages.
2. Sind bei der Berechnung von Leistungen bei Invalidität oder an Hinterbliebene nach dem Eintritt des Versicherungsfalles liegende Zeiten zu berücksichtigen, so sind diese Zeiten nur im Verhältnis der nach den österreichischen Rechtsvorschriften für die Berechnung der Leistung zu berücksichtigenden Versicherungszeiten zu zwei Dritteln der vollen Kalendermonate von der Vollendung des 16. Lebensjahres der betreffenden Person bis zum Eintritt des Versicherungsfalles zu berücksichtigen, höchstens jedoch bis zum vollen Ausmaß.
3. Ziffer 1 gilt nicht
 - a) hinsichtlich von Leistungen aus einer Höherversicherung;
 - b) hinsichtlich von einkommensabhängigen Leistungen oder Leistungsteilen zur Sicherstellung eines Mindesteinkommens.

Teil 2

Leistungen nach den türkischen Rechtsvorschriften

Artikel 21

Feststellung der Leistungsansprüche

Beanspruchen eine Person, die nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten Versicherungszeiten erworben hat, oder ihre Hinterbliebenen eine Leistung, so hat der zuständige türkische Träger nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften festzustellen, ob die betreffende Person unter Zusammenrechnung der Versicherungszeiten nach Artikel 17 und unter Berücksichtigung der folgenden Bestimmungen Anspruch auf Leistung hat:

- a) Zuständiger Träger ist die Anstalt oder Kasse, an die die versicherte Person in der Türkei zuletzt Beiträge entrichtet hat.
- b) war eine Person vor ihrer Versicherung in der Türkei nach den österreichischen Rechtsvorschriften pensionsversichert, so gilt bei der Durchführung der türkischen Rechtsvorschriften der Versicherungsbeginn in Österreich als erster Eintritt in die Versicherung.
- c) Die in Monaten ausgedrückten österreichischen Versicherungszeiten sind in Tage umzurechnen, wobei ein Monat 30 Tagen entspricht.

Artikel 22

Berechnung der Leistungen

(1) Besteht nach den türkischen Rechtsvorschriften auch ohne Anwendung des Artikels 17 ein Anspruch auf Leistung, so hat der zuständige türkische Träger die Leistung allein auf Grund der nach den türkischen Rechtsvorschriften zu berücksichtigenden Versicherungszeiten festzustellen.

(2) Besteht nach den türkischen Rechtsvorschriften nur unter Anwendung des Artikels 17 Anspruch auf Leistung, so hat der zuständige türkische Träger die Leistung auf folgende Weise festzustellen:

- a) Der zuständige Träger hat zunächst den theoretischen Betrag der Leistung zu berechnen, die zustehen würde, wenn alle nach den Rechtsvorschriften der beiden Vertragsstaaten erworbenen Versicherungszeiten ausschließlich nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften erworben worden wären. Ist der Betrag der Leistung von der Versicherungsdauer unabhängig, so gilt dieser Betrag als theoretischer Betrag.
- b) Sodann hat der zuständige Träger die geschuldete Teilleistung auf der Grundlage des nach Buchstaben a errechneten Betrages nach dem Verhältnis zu berechnen, das zwischen der Dauer der nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften zu berücksichtigenden Versicherungszeiten und der Gesamtdauer der nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten zu berücksichtigenden Versicherungszeiten besteht.
- c) Die nach den türkischen Rechtsvorschriften zu gewährenden Sonderzahlungen sind nach den Buchstaben a und b zu berechnen.

Kapitel 3

Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten

Artikel 23

Sachleistungen

(1) Eine Person, die wegen eines Arbeitsunfalles oder einer Berufskrankheit Anspruch auf Sachleistungen nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates hat und die sich im Gebiet des anderen Vertragsstaates aufhält oder dort wohnt, hat Anspruch auf Sachleistungen zu Lasten des zuständigen Trägers vom Träger ihres Aufenthalts- oder Wohnortes nach den für diesen Träger geltenden Rechtsvorschriften, als ob sie bei diesem versichert wäre. Artikel 11 Absatz 2 gilt entsprechend.

(2) Die in Absatz 1 vorgesehenen Sachleistungen werden gewährt
in Österreich

von der für den Aufenthalts- oder Wohnort der betreffenden Person in Betracht kommenden Gebietskrankenkasse,

in der Türkei

von der Sozialversicherungsanstalt.

(3) Für die Erstattung der nach Absatz 1 entstandenen Kosten gilt Artikel 15 entsprechend.

Artikel 24**Entschädigung von Berufskrankheiten**

Wäre eine Berufskrankheit nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten zu entschädigen, so sind Leistungen nur nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaates zu gewähren, in dessen Gebiet zuletzt eine Beschäftigung ausgeübt wurde, die geeignet ist, eine solche Berufskrankheit zu verursachen.

ABSCHNITT IV**VERSCHIEDENE BESTIMMUNGEN****Artikel 25****Aufgaben der zuständigen Behörden, Amts- und Rechtshilfe**

(1) Die zuständigen Behörden werden die zur Durchführung dieses Abkommens notwendigen Verwaltungsmaßnahmen in einer Vereinbarung regeln.

(2) Die zuständigen Behörden unterrichten einander

a) über alle zur Anwendung dieses Abkommens getroffenen Maßnahmen,

b) über alle die Anwendung dieses Abkommens berührenden Änderungen ihrer Rechtsvorschriften.

(3) Die Träger und Behörden der beiden Vertragsstaaten leisten einander bei der Anwendung der in Artikel 2 Absatz 1 bezeichneten Rechtsvorschriften und dieses Abkommens gegenseitige Hilfe, als ob sie die eigenen Rechtsvorschriften anwenden würden. Die Hilfe ist kostenlos. Die zuständigen Behörden der beiden Vertragsstaaten können jedoch die Erstattung bestimmter Kosten vereinbaren.

(4) Die Träger und Behörden der Vertragsstaaten können zwecks Anwendung dieses Abkommens miteinander sowie mit den beteiligten Personen oder deren Beauftragten unmittelbar in Verbindung treten.

(5) Die Träger, Behörden und Gerichte eines Vertragsstaates dürfen die bei ihnen eingereichten Anträge und sonstigen Schriftstücke nicht deshalb zurückweisen, weil sie in der Amtssprache des anderen Vertragsstaates abgefasst sind.

(6) Ärztliche Untersuchungen, die in Durchführung der Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates vorgenommen werden und Personen betreffen, die sich im Gebiet des anderen Vertragsstaates aufhalten, sind auf Ersuchen des zuständigen Trägers zu seinen Lasten vom Träger des Aufenthalts- oder Wohnortes zu veranlassen.

Artikel 26**Verbindungsstellen**

Die zuständigen Behörden haben zur Erleichterung der Durchführung dieses Abkommens, insbesondere zur Herstellung einer einfachen und raschen Verbindung zwischen den beiderseits in Betracht kommenden Trägern, Verbindungsstellen zu errichten.

Artikel 27**Befreiung von Steuern und Beglaubigungen**

(1) Jede in den Vorschriften eines Vertragsstaates vorgesehene Befreiung oder Ermäßigung von Steuern, Stempel-, Gerichts- oder Eintragungsgebühren für Schriftstücke oder Urkunden, die in Anwendung der Rechtsvorschriften dieses Vertragsstaates vorzulegen sind, erstreckt sich auf die entsprechenden Schriftstücke und Urkunden, die in Anwendung dieses Abkommens oder der Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates vorzulegen sind.

(2) Urkunden und Schriftstücke jeglicher Art, die in Anwendung dieses Abkommens vorzulegen sind, bedürfen keiner Beglaubigung.

Artikel 28**Einreichung von Schriftstücken**

(1) Anträge, Erklärungen oder Rechtsmittel, die in Anwendung dieses Abkommens oder der Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates bei einer Behörde, einem Träger oder einer sonstigen zuständigen Einrichtung eines Vertragsstaates eingereicht werden, sind als bei einer Behörde, einem Träger oder einer sonstigen zuständigen Einrichtung des anderen Vertragsstaates eingereichte Anträge, Erklärungen oder Rechtsmittel anzusehen.

65 der Beilagen

9

(2) Ein nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates gestellter Antrag auf eine Leistung gilt auch als Antrag auf eine entsprechende Leistung nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates, die unter Berücksichtigung dieses Abkommens in Betracht kommt; dies gilt nicht, wenn der Antragsteller ausdrücklich beantragt, dass die Feststellung einer nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates erworbenen Leistung bei Alter aufgeschoben wird.

(3) Anträge, Erklärungen oder Rechtsmittel, die in Anwendung der Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates innerhalb einer bestimmten Frist bei einer Behörde, einem Träger oder einer sonstigen zuständigen Einrichtung dieses Vertragsstaates einzureichen sind, können innerhalb der gleichen Frist bei der entsprechenden Stelle des anderen Vertragsstaates eingereicht werden.

(4) In den Fällen der Absätze 1 bis 3 hat die in Anspruch genommene Stelle diese Anträge, Erklärungen oder Rechtsmittel unverzüglich der entsprechenden zuständigen Stelle des anderen Vertragsstaates zu übermitteln.

Artikel 29**Zahlungsverkehr**

(1) Haben Träger eines Vertragsstaates an Berechtigte, die sich im Gebiet des anderen Vertragsstaates befinden, nach diesem Abkommen Zahlungen vorzunehmen, so leisten sie diese mit befreiender Wirkung in der Währung des ersten Vertragsstaates; haben sie Zahlungen an Träger vorzunehmen, die sich im Gebiet des anderen Vertragsstaates befinden, so müssen diese in der Währung dieses Vertragsstaates geleistet werden.

(2) Die Überweisung der zur Durchführung dieses Abkommens erforderlichen Beträge sind nach den Zahlungsvereinbarungen der beiden Vertragsstaaten vorzunehmen, die im Zeitpunkt der Überweisung gelten.

Artikel 30**Vollstreckungsverfahren**

Beiträge, die einem Träger eines Vertragsstaates geschuldet werden, können im Gebiet des anderen Vertragsstaates nach dem Verwaltungsverfahren eingetrieben werden, das für die Eintreibung der den entsprechenden Trägern dieses Vertragsstaates geschuldeten Beiträge gilt.

Artikel 31**Verrechnung von Vorschüssen**

(1) Hat ein Träger eines Vertragsstaates einen Vorschuss auf eine Leistung gezahlt, so hat der Träger des anderen Vertragsstaates die auf denselben Zeitraum entfallende Nachzahlung einer entsprechenden Leistung, auf die nach den Rechtsvorschriften dieses Vertragsstaates Anspruch besteht, auf Ersuchen und zu Gunsten des erstgenannten Trägers einzubehalten. Hat der Träger des einen Vertragsstaates für eine Zeit, für die der Träger des anderen Vertragsstaates nachträglich eine entsprechende Leistung zu erbringen hat, eine höhere als die gebührende Leistung gezahlt, so gilt der diese Leistung übersteigende Betrag bis zur Höhe des nachzuzahlenden Betrages als Vorschuss im Sinne des ersten Satzes.

(2) Wurde in einem Vertragsstaat einem Leistungsberechtigten eine Leistung der Sozialhilfe oder eine vorläufige Leistung aus der Arbeitslosenversicherung während eines Zeitraumes gewährt, für den der Leistungsberechtigte Anspruch auf Geldleistungen hat, so behält der verpflichtete Träger oder die zahlende Stelle auf Ersuchen und für Rechnung der in Betracht kommenden Stelle die auf den gleichen Zeitraum entfallenden Nachzahlungen bis zur Höhe der gezahlten Leistungen ein, als ob es sich um eine Leistung nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaates handeln würde, in dessen Gebiet die ersuchende Stelle ihren Sitz hat.

Artikel 32**Schadenersatz**

(1) Hat eine Person, die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates Leistungen für einen Schaden zu erhalten hat, der im Gebiet des anderen Vertragsstaates eingetreten ist, nach dessen Vorschriften gegen einen Dritten Anspruch auf Ersatz des Schadens, so geht der Ersatzanspruch auf den Träger des ersten Vertragsstaates nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften über.

(2) Stehen Ersatzansprüche hinsichtlich gleichartiger Leistungen aus demselben Schadensfall sowohl einem Träger im Gebiet des einen Vertragsstaates als auch einem Träger im Gebiet des anderen Vertragsstaates zu, so kann der Dritte die nach Absatz 1 auf die beiden Träger übergegangenen

10

65 der Beilagen

Ansprüche mit befreiender Wirkung durch Zahlung an den einen oder den anderen Träger befriedigen. Im Innenverhältnis sind die Träger anteilig im Verhältnis der von ihnen zu erbringenden Leistungen ausgleichspflichtig.

Artikel 33

Streitbeilegung

(1) Jede Streitigkeit zwischen den beiden Vertragsstaaten über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens ist zum Gegenstand unmittelbarer Verhandlungen zwischen den zuständigen Behörden der beiden Vertragsstaaten zu machen.

(2) Kann eine Streitigkeit auf diese Weise nicht innerhalb von sechs Monaten beigelegt werden, so ist sie auf Verlangen eines Vertragsstaates einem Schiedsgericht zu unterbreiten, das wie folgt zu bilden ist:

- a) Jeder Vertragsstaat bestellt innerhalb von einem Monat ab dem Empfang des Verlangens einer schiedsgerichtlichen Entscheidung einen Schiedsrichter. Die beiden so nominierten Schiedsrichter wählen innerhalb von zwei Monaten, nachdem der Vertragsstaat, der seinen Schiedsrichter zuletzt bestellt hat, dies notifiziert hat, einen Staatsangehörigen eines Drittstaates als dritten Schiedsrichter.
- b) Wenn ein Vertragsstaat innerhalb der festgesetzten Frist keinen Schiedsrichter bestellt hat, kann der andere Vertragsstaat den Präsidenten des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte ersuchen, einen solchen zu bestellen. Entsprechend ist über Aufforderung eines Vertragsstaates vorzugehen, wenn sich die beiden Schiedsrichter über die Wahl des dritten Schiedsrichters nicht einigen können.
- c) Für den Fall, dass der Präsident des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte die Staatsangehörigkeit eines der beiden Vertragsstaaten besitzt, gehen die ihm durch diesen Artikel übertragenen Funktionen auf den Vizepräsidenten des Gerichtshofes oder auf den ranghöchsten Richter des Gerichtshofes über, auf den dieser Umstand nicht zutrifft.

(3) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidungen sind für die beiden Vertragsstaaten bindend. Jeder Vertragsstaat trägt die Kosten des Schiedsrichters, den er bestellt. Die übrigen Kosten werden von den Vertragsstaaten zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht regelt sein Verfahren selbst.

ABSCHNITT V

ÜBERGANGS- UND SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Artikel 34

Übergangsbestimmungen

(1) Dieses Abkommen begründet keinen Anspruch auf Leistungen für die Zeit vor seinem Inkrafttreten oder für Personen nach Artikel 35 Absatz 3 vor dem 1. Oktober 1996, es sei denn, daß die Rechtsvorschriften der Vertragsstaaten bei fristgerechtem Antrag den rückwirkenden Anfall bestimmter Leistungen vorsehen.

(2) Für die Feststellung des Anspruches auf Leistungen nach diesem Abkommen werden auch Versicherungszeiten berücksichtigt, die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates vor Inkrafttreten dieses Abkommens zurückgelegt worden sind.

(3) Vorbehaltlich des Absatzes 1 gilt dieses Abkommen auch für Versicherungsfälle, die vor seinem Inkrafttreten eingetreten sind, soweit nicht früher festgestellte Ansprüche durch Kapitalzahlungen abgegolten worden sind.

(4) Dieses Abkommen berührt nicht die vor seinem Inkrafttreten erworbenen Ansprüche.

(5) Wird ein Antrag auf Leistungen innerhalb von zwei Jahren nach dem Inkrafttreten dieses Abkommens von einer nicht von Artikel 35 Absatz 3 erfassten Person eingebracht, so sind die Leistungen vom Inkrafttreten dieses Abkommens an zu gewähren, ohne dass der betreffenden Person Ausschluss- oder Verjährungsfristen entgegengehalten werden können.

65 der Beilagen

11

Artikel 35**Inkrafttreten**

(1) Dieses Abkommen ist zu ratifizieren. Die Ratifikationsurkunden sind so bald wie möglich in Ankara auszutauschen.

(2) Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des Monats nach Ablauf des Monats in Kraft, in dem die Ratifikationsurkunden ausgetauscht werden.

(3) Die Bestimmungen dieses Abkommens, die sich auf den Erwerb und die Gewährung von Leistungen aus der sozialen Sicherheit beziehen, sind ab dem 1. Oktober 1996 auf Personen anzuwenden, auf die das zwischen den beiden Vertragsstaaten vor diesem Zeitpunkt in Geltung gestandene Abkommen über soziale Sicherheit anzuwenden war. Soweit in der Zeit vor Inkrafttreten dieses Abkommens hinsichtlich der Gewährung von Sachleistungen anders verfahren wurde, hat es dabei sein Bewenden.

Artikel 36**Außerkräfttreten**

(1) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Jeder Vertragsstaat kann es unter Einhaltung einer Frist von sechs Monaten zum Ende eines Kalenderjahres schriftlich auf dem diplomatischen Weg kündigen.

(2) Im Falle der Kündigung gelten die Bestimmungen dieses Abkommens für erworbene Ansprüche weiter.

ZU URKUND DESSEN haben die Bevollmächtigten beider Vertragsstaaten dieses Abkommen unterzeichnet.

GESCHEHEN zu Wien, am in 28. Oktober 1999 in zwei Urschriften in deutscher und türkischer Sprache, wobei beide Texte in gleicher Weise authentisch sind.

Für die Republik Österreich:

Prosl m. p.

Für die Republik Türkei:

Ömer Akbel m. p.

**AVUSTURYA CUMHURİYETİ
İLE
TÜRKİYE CUMHURİYETİ
ARASINDA SOSYAL GÜVENLİK HAKKINDA ANLAŞMA**

Avusturya Cumhuriyeti
ile
Türkiye Cumhuriyeti

Her iki devletin sosyal güvenlik alanındaki ilişkilerini geliştirmek ve hasıl olan hukuki gelişme ile uyum sağlamak arzusu içinde,

Her iki devletin vatandaşlarının sosyal güvenlik hakkındaki iç mevzuatlarının uygulanmasında eşit muameleye tabi tutulmaları, keza kazanılmış ve kazanılacak hakların korunması ilkesinden hareket ederek,

Aşağıdaki Anlaşma üzerinde mutabakata varmışlardır.

65 der Beilagen

13

BÖLÜM I

Genel Hükümler

Madde 1

Kavramların Tarifi

(1) Bu Anlaşmada;

1. "Avusturya"

Avusturya Cumhuriyeti'ni,
"Türkiye"
Türkiye Cumhuriyeti'ni,

2. "Mevzuat"

2 nci maddenin 1 inci fıkrasında belirtilen sosyal güvenlik kolları ile ilgili olarak bir akit taraf ülkesinde veya bu ülkenin bir kısmında yürürlükte olan kanun, tüzük ve yönetmelikler ile hukuki değeri olan genel idari düzenlemeleri, genel emir ve talimatları,

3. "Yetkili Makam"

2 nci maddenin 1 inci fıkrasında belirtilen mevzuatın uygulanması ile görevlendirilen Federal Bakanlar ve/veya Bakanları,

4. "Sosyal Sigorta Mercii"

2 nci maddenin 1 inci fıkrasında belirtilen mevzuatı veya bu mevzuatın bir kısmını uygulamakla görevlendirilen kuruluş veya makamı,

5. "Yetkili Sosyal Sigorta Mercii"

İlgili kişinin yardım isteğinde bulunduğu sırada bağlı olduğu sosyal sigorta mercii'ni veya en son sigortalı olduğu akit taraf ülkesinde bulunsaydı bağlı olacağı sosyal sigorta mercii'ni,

6. "İkamet Yeri"

Daimi olarak ikamet edilmekte olan yeri,

7. "Geçici İkamet"

Geçici olarak oturulan yeri,

8. "Aile Ferdi"

Nam ve hesabına yardımların yapılacağı sosyal sigorta mercii'nin merkezinin bulunduğu akit taraf mevzuatına göre yardım görecek olan bir aile ferdini,

9. "Sigortalılık Süreleri"

Prim ödeme süreleri ile her iki akit taraf mevzuatına göre muadil kabul edilen süreleri,

10. "Para Yardımı", "Aylık" veya "Gelir"

Bir para yardımını, devletçe yapılan kısımları da içeren aylık gelirleri, her türlü zam ve yardımları, intibak farklarını, ek ödemeleri ve keza prim iadesi olarak yapılan toptan ödemeler ile diğer ödemeleri,

ifade etmektedir.

(2) Bu Anlaşmadaki diğer kavramlar, tarafların kendi mevzuatlarındaki anlamlarda kullanılmaktadır.

Madde 2

Objektif Yetki Alanı

(1) Bu Anlaşma hükümleri aşağıdaki yazılı sigorta kolları ile ilgili mevzuat hakkında uygulanır.

1. Avusturya bakımından;

- a) Hastalık sigortası,
- b) Kaza sigortası,
- c) Noterlere ilişkin özel sigorta mevzuatı hali hariç, Emeklilik Sigortası,

2. Türkiye bakımından;

- a) Hastalık ve Analık Sigortası (T.C. Emekli Sandığı ve Bağ-Kur mevzuatı hariç),
- b) İşkazaları ve Meslek Hastalıkları Sigortası,
- c) Malullük, Yaşlılık ve Ölüm Sigortası.

(2) Bu Anlaşma ayrıca 1 inci fıkrada belirtilen mevzuatı birleştiren, değiştiren veya tamamlayan tüm mevzuat hakkında da uygulanır.

Madde 3**Kişisel Geçerlilik Alanı**

Bu Anlaşma aşağıdaki kişiler için geçerlidir:

- a) Haklarında bir veya her iki akit taraf mevzuatının geçerli olduğu veya geçerli olmuş bulunduğu kişiler,
- b) (a) bendinde belirtilen kişiler dolayısıyla hak sahibi olanlar.

Madde 4**Eşit Muamele**

(1) Bir akit taraf mevzuatının uygulanmasında, bu akit taraf vatandaşları;

- a) Diğer akit taraf vatandaşları,
- b) Mültecilerin Hukuki Durumu Hakkındaki 28 Temmuz 1951 tarihli Anlaşma ile buna ilişkin 31 Ocak 1967 tarihli Protokolde belirtilen ve akit taraflardan birisinin ülkesinde ikamet eden mülteciler,
- c) Akit taraflardan birisinin ülkesinde ikamet eden, Vatansızların Hukuki Durumu Hakkındaki 28 Eylül 1954 tarihli Anlaşmada belirtilen vatansızlar ile eşit muameleyle tabi tutulurlar.

(2) 1 inci fıkra hükmü;

- a) Avusturya mevzuatının seferberlik hizmet süreleri ve bu sürelerle muadil süreleri nazarı itibare alan ilgili hükümlerine,
- b) Her iki akit tarafın sigortalılarının işçi ve işveren kuruluşları ile sigorta birliklerinin yönetim organları ve sosyal güvenlik konusundaki mahkemelerinin karar mekanizmalarına katılmalarına ilişkin mevzuatlarına,
- c) Her iki akit tarafın, akit taraflardan birinin üçüncü bir ülkedeki resmi bir temsilciliğinde veya böyle bir temsilciliğin mensubunun yanında çalışan kimselerin sigortalımasına ilişkin hükümlerine,

16

65 der Beilagen

d) Her iki akit devlet tarafından imzalanan anlaşmalardaki sigortalılık yükünün üstlenilmesini içeren düzenlemelerine, uygulanmaz.

Madde 5

Yardımların Transferi

(1) Akit taraflardan birisinin mevzuatına göre, 4 üncü maddede belirtilen bir kişiye veya bu kişinin geride kalanlarına ödenmesi gereken emekli aylıkları, gelir ve sair para yardımları, şayet bu Anlaşma'da aksine bir hüküm yoksa, haksahibine diğer akit taraf ülkesinde ikamet etmesi halinde de ödenir.

(2) 1 inci fıkra hükmü, Avusturya mevzuatına göre ödenen denkleştirme yardımı bakımından uygulanmaz.

BÖLÜM II

Uygulanacak Mevzuat

Madde 6

Genel Düzenleme

(1) 7 ve 8 inci maddelerde aksine bir hüküm yok ise, kazanç getiren bir işte çalışanlar hakkında, işin yapıldığı ülke mevzuatı uygulanır. Bu durum, çalışan kişinin ikamet yerinin veya işverenin merkezinin diğer akit taraf ülkesinde bulunması halinde de geçerlidir.

(2) Memurlar ve bunlara eşit durumda bulunan personel için, idari merciilerinde çalıştıkları akit taraf mevzuatı uygulanır.

Madde 7**Özel Düzenlemeler**

(1) Bir akit taraf ülkesinde ikamet eden işçiler kendilerini, ilk akit taraf ülkesinde devamlı olarak çalıştıran bir işveren tarafından diğer akit taraf ülkesine gönderildikleri takdirde, bunlar hakkında, diğer akit taraf ülkesinde çalıştıkları 24 takvim ayının sona ermesine kadar, sanki bunlar hala gönderen akit taraf ülkesinde çalışıyorlarmış gibi, bu akit taraf mevzuatına tabi tutulurlar.

(2) Merkezi akit taraflardan birinin ülkesinde bulunan bir hava nakliyat firmasının işçileri, bu firmanın bulunduğu ülkeden diğer akit taraf ülkesine gönderildikleri takdirde, bu işçiler hakkında, sanki gönderen taraf ülkesinde çalışıyorlarmış gibi, bu akit taraf mevzuatı uygulanır.

(3) Bir geminin mürettebatı ile bu gemide sadece geçici olarak çalışmayan diğer şahıslar hakkında, bu geminin bayrağını taşıdığı akit taraf mevzuatı uygulanır.

Madde 8**Diplomatik ve Konsüler Personel**

Diplomat ve muvazzaf Konsoloslar ile Diplomat ve muvazzaf Konsoloslar tarafından yönetilen temsilciliklerin idari ve teknik personeli ve keza bu temsilciliklerin resmi hizmet personeli ve Konsoloslar tarafından yönetilen temsilciliklerin Diplomatları, muvazzaf Konsolosları ve üyelerinin münhasıran ev hizmetlerinde çalıştırılan hizmetlileri hakkında, diplomatik ilişkiler hakkındaki Viyana Anlaşması ile Konsolosluk ilişkileri hakkındaki Viyana Anlaşması hükümleri uygulanır.

Madde 9**Muafiyet**

(1) Çalışılan işin nevi ve mahiyeti gözönünde tutularak işçi ve işverenin müştereken müracaat etmeleri üzerine, her iki akit taraf yetkili makamları anlaşarak 6 ila 8 inci maddelerin istisnai olarak uygulanmasından muaf tutulmalarını kararlaştırabilirler.

(2) Bir işçi hakkında, 1 inci fıkra gereği akit taraflardan birinin mevzuatının geçerli olmasına rağmen, bu işçi diğer akit taraf ülkesinde çalışıyorsa, o takdirde, kendisine birinci akit taraf mevzuatı, sanki bu akit taraf ülkesinde çalışıyormuş gibi uygulanır.

BÖLÜM III

Özel Hükümler

Kısım 1

Hastalık, Analık ve Ölüm (Cenaze Yardımı)

Madde 10

Sigortalılık Sürelerinin Birleştirilmesi

Bir kimsenin her iki akit taraf ülkesinde sigortalı olarak çalışmış olması halinde, bu sigortalılık süreleri, bir yardım hakkının kazanılması, idamesi ve ihyası bakımından, aynı zamana rastlamamak şartıyla, birleştirilir.

Madde 11

Sağlık Yardımları

(1) Akit taraflardan birinin mevzuatına göre sağlık yardımlarının yapılması için gerekli koşulları yerine getiren ve

a) diğer akit taraf ülkesinde ikamet eden veya

b) diğer akit taraf ülkesindeki geçici ikameti sırasında durumu derhal yardım yapılmasını gerektiren ve tedavi edilmek üzere diğer akit taraf ülkesine gitmemiş olan veya

c) sağlık durumu nedeni ile gerekli tedaviyi görmek üzere, yetkili sosyal sigorta mercii'nden diğer akit taraf ülkesine gitmesine izin verilen veya verilecek olan

bir kimse, yetkili sosyal sigorta mercii nam ve hesabına olmak üzere, geçici ikamet ettiği veya devamlı ikamet ettiği ülkedeki sosyal sigorta mercii'nden, bu mercii'nin uyguladığı mevzuata göre, sanki bu sosyal sigorta mercii'nde sigortalı imiş gibi, sağlık yardımlarını talep etme hakkına sahiptir.

(2) 15 inci maddenin 2 nci fıkrasına göre, masrafların götürü olarak tazmin edilmesi hususunun kararlaştırılmamış olması durumunda, 1 inci fıkrada zikredilen hallerde; vücut protezlerinin, büyük maliyetli yardımcı maddelerin ve önemli sağlık yardımlarının yapılması, yardımın ilgili kişinin yaşam ve sağlığının ciddi olarak tehlikeye sokulmaksızın ertelenebilecek olması durumunda, yetkili sosyal sigorta mercii'nin önceden muvafakatının alınmasına bağlıdır.

(3) Bundan önceki fıkralar, aile fertlerine de aynı şekilde uygulanır.

(4) 1 inci fıkranın (b) ve (c) bendleri Avusturya'da, serbest meslek erbabı olarak çalışan doktorların, diş hekimlerinin ve dişçilerin sadece aşağıda belirtilen şahısların muayene ve tedavileri ile ilgili olarak yaptıkları hizmetler için geçerlidir:

a) Avusturya'da geçici ikamet ederek çalışmalarını icra eden şahıslar ve bunların refakatinde bulunan aile fertleri,

b) Avusturya'da ikamet eden aile fertlerini ziyaret eden şahıslar,

c) Başka nedenlerle Avusturya'da geçici olarak ikamet eden ve ikamet ettikleri yerdeki yetkili bölge hastalık sandığı nam ve hesabına ayakta tedavi edilen kimseler.

Madde 12

Para Yardımları

(1) 11 inci maddenin 1 inci fıkrasında zikredilen hallerde para yardımları, yetkili sosyal sigorta mercii tarafından, bu mercii'nin uyguladığı mevzuata göre yapılır.

(2) Bir akit taraf mevzuatına göre para yardımları miktarının aile ferdi sayısına bağlı olarak yapılması halinde, yetkili sosyal sigorta mercii, yasal olarak diğer akit taraf ülkesinde ikamet eden aile fertlerini de nazarı itibare alır.

20

65 der Beilagen

Madde 13**Emekli Aylığı Alanlar**

(1) Akit tarafların emekli sigortasından kendilerine aylık bağlanmış bulunan aylık sahipleri hakkında, bunların ülkesinde ikamet ettikleri akit tarafın aylık sahiplerinin hastalık sigortasına ilişkin mevzuatı uygulanır. Sadece diğer akit taraf mevzuatına göre bir aylığın bağlanmasında, bu aylık, ilk akit taraf mevzuatına göre bağlanmış bulunan aylık olarak geçerlidir.

(2) 1 inci fıkra hükmü, aylık tahsis talebinde bulunanlar için de geçerlidir.

Madde 14**Geçici veya Sürekli İkamet Yeri****Sosyal Sigorta Mercii**

11 inci maddenin 1 inci fıkrası ve 13 üncü maddenin 1 inci fıkrasının ikinci cümlesinde belirtilen durumlarda yardımlar

Avusturya'da
ilgili kişinin geçici veya daimi ikamet ettiği yerdeki ilgili Bölge Hastalık Kasası,

Türkiye'de
Sosyal Sigortalar Kurumu,
tarafından yapılır.

Madde 15**Masrafların Tazmini**

(1) Yetkili sosyal sigorta mercii, 11 inci madde ile 13 üncü maddenin 1 inci fıkrasının ikinci cümlesi gereği, idari masraflar dışındaki masrafları geçici veya daimi ikamet yerindeki sosyal sigorta mercii'ne tazmin eder.

(2) Yetkili makamlar, idari işlerin basitleştirilmesi amacı ile bütün vak'alar veya belirli vak'a grupları için, münferit hesaplaşmalar yerine, götürü ödemeler yapılmasını kararlaştırabilirler.

(3) 13 üncü maddenin 1 inci fıkrasının ikinci cümlesine göre haksahipleri için, Avusturya emekli sigortasından yapılan masraflar, emeklilerin hastalık sigortası primi olarak Avusturya Sosyal Sigorta Mercileri Genel Birliği'ne ödenen sigorta prim meblağlarından tazmin edilir.

Madde 16

Cenaze Yardımı

(1) Akit taraflardan birinin mevzuatına göre sigortalı olan veya aylık almaya hak kazanmış bulunan bir kimsenin veya aile ferdinin diğer akit taraf ülkesinde ölümü halinde, ölüm ilk akit taraf ülkesinde vukubulmuş sayılır.

(2) Cenaze yardımı, yardıma müstehak olan kimsenin diğer akit taraf ülkesinde ikamet etmekte olması halinde de, yetkili sosyal sigorta mercii tarafından ödenir.

Kısım 2

Yaşlılık, Malüllük ve Ölüm (Aylıklar)

Madde 17

Sigortalılık Sürelerinin Birleştirilmesi

(1) Akit taraflardan birinin mevzuatına göre bir yardım hakkının kazanılması, idamesi veya ihya edilmesi sigortalılık sürelerine bağlı olduğu takdirde, yetkili sosyal sigorta mercii, gereği halinde, diğer akit taraf mevzuatına göre geçen sigortalılık sürelerini, aynı zamana rastlamamak şartıyla, kendi mevzuatına göre geçmiş sigortalılık süreleri gibi nazarı itibare alır.

(2) Akit taraflardan birinin mevzuatına göre, belirli yardımların yapılması, sigortalılık sürelerinin özel bir sisteme tabi olan bir meslekte veya belirli bir meslekte veya belirli bir uğraşta geçmiş olmasına bağlı bulunduğu takdirde, bu yardımların yapılması için, diğer akit taraf mevzuatına göre geçen sigortalılık süreleri sadece, bu sigortalılık sürelerinin benzer bir sistemde böyle bir sistem yok ise, aynı meslekte veya aynı uğraşta geçmiş olması halinde, nazarı itibare alınır.

Madde 18**Bir Yıldan Az Olan Sigortalılık Süreleri**

(1) Akit taraflardan birinin mevzuatına göre, yardım yapılması için nazara alınacak olan sigortalılık sürelerinin toplam olarak oniki aya ulaşmaması halinde, bu akit taraf mevzuatına göre hiçbir yardım yapılmaz. Ancak, bu durum, bu akit taraf mevzuatına göre bir yardım hakkının sadece bu sigortalılık sürelerine istinaden kazanılmış olması halinde geçerli değildir.

(2) 1 inci fıkranın birinci cümlesinde belirtilen sigortalılık süreleri, diğer akit taraf sosyal sigorta mercii tarafından, bir yardım hakkının kazanılması, idamesi ve ihya edilmesi ve miktarı bakımından, sanki bu süreler kendi mevzuatına göre geçmiş gibi nazarı itibare alınır.

Fasıl 1**Avusturya Mevzuatına Göre Yapılan Yardımlar****Madde 19****Yardım Hakkının Tespiti**

Her iki akit taraf mevzuatına göre sigortalı olarak çalışmış olan bir kişinin veya geride kalan haksahiplerinin yardım talebinde bulunmaları halinde, yetkili Avusturya sosyal sigorta mercii, Avusturya mevzuatına göre, ilgili kişinin, 17 inci maddeye göre sigortalılık sürelerini birleştirerek ve aşağıdaki hükümleri nazarı dikkate alarak, yardım hakkına sahip olup olmadığını tespit eder:

1. Avusturya mevzuatına göre aylık bağlama sürelerinin zorunlu sigorta sürelerinin, zorunlu sigorta sürelerinin içinde olduğu zaman bölümünü uzatması halinde, bu zaman bölümü, Türk mevzuatına göre aylık ödeme sürelerine de uygun olarak uzar.

2. Gün olarak ifade edilen Türk sigortalılık süreleri ay'a tahvil edilir, 30 gün bir ay olarak dikkate alınır; geri kalan günler bir tam ay olarak kabul edilir.

Madde 20**Yardımların Hesaplanması**

(1) Avusturya mevzuatına göre 17 nci madde hükmü uygulanmaksızın da yardım talep hakkının mevcut olması durumunda, yetkili Avusturya sosyal sigorta mercii yardımı münhasıran Avusturya mevzuatına göre geçen süreleri nazarı itibare alarak tesbit eder.

(2) Avusturya mevzuatına göre yardım hakkının sadece 17 inci maddenin uygulanması durumunda mevcut olması halinde, Avusturya yetkili sosyal sigorta mercii bu yardımı münhasıran Avusturya mevzuatına göre geçen sigortalılık sürelerini ve aşağıda zikredilen hükümleri nazarı itibare alarak tespit eder:

1. Şayet kısmi veya tam olarak yapılacak olan yardımların miktarı, geçirilen sigortalılık sürelerine bağlı değil ise, Avusturya mevzuatına göre yardımın hesabında dikkate alınan 30 yıllık sigortalılık süresine oranla bir ödeme yapılacak ise, her halükarda yapılacak olan ödeme, bu sürenin tamamı nazarı itibare alınarak tayin edilir.

2. Maluliyet veya geride kalan hak sahiplerine yapılacak yardımlar hesap edilirken, yardım hakkını doğuran sigorta olayının vukuundan sonra geçen sürenin hesabında, Avusturya mevzuatına göre yardımın yapılabilmesi için nazarı itibare alınacak sigortalılık süreleri olarak ilgili kişinin 16 yaşını doldurmasından, talep hakkını doğuran sigorta olayının vukuuna kadar tam ay olarak hesaplanan sürelerin 2/3 ü oranındaki kısmı ve ancak her halükarda azami tamamı dikkate alınır.

3. 1 numaralı bend;

a) Munzam bir sigortadan yapılan yardımlar bakımından,

b) Asgari bir gelirin teminat altına alınması bakımından gelire bağlı olarak yapılan yardım ve kısmi yardımlar için geçerli değildir.

Fasıl 2**Türk mevzuatına göre yapılan yardımlar****Madde 21****Yardım Hakkının Tespiti**

Her iki akit taraf ülkesinde sigortalı olarak çalışmış olan bir kimse veya geride kalan haksahipleri bir yardım isteminde buldukları takdirde, yetkili Türk sosyal sigorta mercii, kendisi için geçerli yasal mevzuata göre, ilgili kişinin sigortalılık sürelerini 17 nci maddeye göre birleştirerek ve aşağıdaki hükümleri dikkate alarak yardım hakkına sahip olup olmadığını tespit eder:

a) Yetkili sosyal sigorta mercii, sigortalı kişinin Türkiye'de son defa prim ödediği kurum veya sandıktır.

b) Bir kişi Türkiye'de sigortalı olmadan önce Avusturya mevzuatına göre emeklilik sigortasına tabi olmuş ise, Türk mevzuatının uygulanmasında Avusturya'daki sigortalılığın başlangıcı, sigortaya ilk giriş tarihi olarak kabul edilir.

c) Ay olarak ifade edilen Avusturya sigortalılık süreleri gün'e çevrilir ve 1 ay 30 gün olarak kabul edilir.

Madde 22**Yardımların Hesaplanması**

(1) Türk mevzuatına göre, 17 nci madde hükmü uygulanmaksızın yardım talep hakkının mevcut olması durumunda yetkili Türk sosyal sigorta mercii, yardımı münhasıran Türk mevzuatına göre geçen süreleri dikkate alarak hesaplar.

(2) Türk mevzuatına göre yardım hakkının sadece 17 nci maddenin uygulanması durumunda mevcut olması halinde Türk yetkili sosyal sigorta mercii bu yardımı aşağıdaki şekilde tesbit eder.

a) Yetkili sosyal sigorta mercii ilk olarak her iki akit taraf mevzuatına göre geçen sigortalılık sürelerinin münhasıran kendi mevzuatına göre geçmiş olsaydı müstehak olunacak olan nazari yardım miktarını hesaplar.

Şayet yardım bir sigortalılık süresine bağlı değil ise yardımın miktarı nazari miktardır.

b) Yetkili sosyal sigorta mercii, daha sonra (a) fıkrasına göre hesaplanan meblağın ilgiliye ödenecek bölümünü, kendi mevzuatına göre dikkate alınacak olan sigortalılık süreleri ile her iki akit taraf mevzuatına göre geçen tüm sigortalılık süreleri arasındaki orana uygun olarak hesaplar.

c) Türk mevzuatına göre aylıklara ilave olarak yapılan yardımlar da (a) ve (b) bentlerine göre hesaplanır.

Fasıl 3

İşkazaları ve meslek hastalığı

Madde 23

Sağlık yardımları

(1) Bir işkazası veya meslek hastalığı dolayısıyla akit taraflardan birinin mevzuatına göre, sağlık yardımlarını talep etme hakkına sahip olan ve diğer akit taraf ülkesinde geçici veya devamlı ikamet etmekte olan bir kişi, yetkili sosyal sigorta mercii nam ve hesabına, geçici veya devamlı ikamet etmekte olduğu akit tarafın sosyal sigorta mercii'nden, bu mercii için geçerli olan mevzuata göre, sanki bu tarafın sosyal sigorta mercii'nde sigortalı imiş gibi, sağlık yardımı talep etme hakkına sahiptir. 11 inci maddenin 2 nci fıkrası buna uygun olarak uygulanır.

(2) 1 inci fıkrada öngörülen sağlık yardımları,

Avusturya'da

İlgili kişinin geçici veya devamlı olarak ikamet ettiği yerdeki ilgili bölge hastalık kasası,

Türkiye'de

Sosyal Sigortalar Kurumu,

tarafından yapılır.

(3) 1 inci fıkraya göre hasıl olan masraflar, 15 inci maddeye uygun olarak tazmin edilir.

Madde 24**Meslek Hastalıklarında Tazminat**

Bir meslek hastalığı nedeniyle her iki akit taraf mevzuatına göre bir tazminat ödenecek ise, bu tazminat, ülkesinde son olarak ve mahiyeti itibariyle böyle bir meslek hastalığına neden olabilecek işin yapıldığı akit taraf ülkesindeki mevzuata göre ödenir.

Bölüm IV**Çeşitli Hükümler****Madde 25****Yetkili Makamların Görevleri****İdari ve Adli Yardım**

(1) Yetkili makamlar, bu Anlaşma'nın uygulanması için gerekli olan idari önlemleri bir Anlaşma ile düzenlerler.

(2) Yetkili makamlar birbirlerine;

a) Bu Anlaşma'nın uygulanması için alınan tüm önlemler,

b) Bu Anlaşma'nın uygulanması ile ilgili olarak kendi mevzuatlarında vaki olan tüm değişiklikler, hakkında bilgi verirler.

(3) Her iki akit taraf sosyal sigorta mercileri ve resmi makamları, 2 nci maddenin 1 inci fıkrasında belirtilen mevzuatların ve bu Anlaşma'nın uygulanmasında, sanki kendi mevzuatlarını uyguluyorlarmış gibi, karşılıklı yardımda bulunurlar. Bu yardımlar ücretsiz olarak yapılır. Her iki akit taraf yetkili makamları buna karşılık belirli bazı masrafların ödenmesini kararlaştırabilirler.

(4) Akit tarafların yetkili sosyal sigorta mercileri ve resmi makamları, bu Anlaşma'nın uygulanması amacıyla birbirleri ile ve keza ilgili kişiler veya bunların yetkili kıldığı kişiler ile doğrudan temasa geçebilirler.

(5) Bir akit tarafın sosyal sigorta mercileri, resmi makamları ve mahkemeleri, kendilerine verilen dilekçe vesair yazıları, diğer akit taraf devletinin resmi dili ile yazılmış olmalarından dolayı red edemezler.

(6) Bir akit taraf mevzuatının uygulanmasında gerekli görülen ve diğer akit taraf ülkesinde ikamet eden kimseleri ilgilendiren hekim muayeneleri, yetkili sosyal sigorta mercii'nin talebi üzerine ve masrafları bu sosyal sigorta mercii'nin nam ve hesabına ait olmak üzere, geçici veya devamlı olarak ikamet edilen mahallin yetkili sosyal sigorta mercii tarafından, yaptırılır.

Madde 26

İrtibat Büroları

Yetkili makamlar, bu Anlaşma'nın uygulanmasını kolaylaştırmak ve özellikle her iki akit taraf ilgili sosyal sigorta mercileri arasında kolay ve süratli bir temasın tesis edilmesi maksadıyla irtibat büroları kurabilirler.

Madde 27

Vergi ve Tasdik Harçlarından Muafiyet

(1) Bir akit tarafın mevzuatında öngörülen ve bu akit taraf mevzuatının uygulanmasında ibraz edilecek olan yazı ve belgelerin vergi, damga resmi, mahkeme veya kayıt ücretlerinden başışık tutulması veya bunlarda indirim yapılması gibi hususlar, bu Anlaşmanın veya diğer akit taraf mevzuatının uygulanmasında ibraz edilecek olan aynı mahiyetteki yazı ve belgeler için de geçerlidir.

(2) Bu Anlaşma'nın uygulanmasında ibraz edilecek olan her türlü belge ve yazıların tasdikine gerek yoktur.

Madde 28**Yazılı Belgelerin Verilmesi**

(1) Bu Anlaşmanın veya bir akit taraf mevzuatının uygulanmasında, bir akit tarafın makamına, bir merciine veya başka bir yetkili kuruluşuna verilecek olan dilekçeler, beyannameler veya yapılan itirazlar, diğer akit tarafın bir makamına, bir merciine veya başka bir yetkili kuruluşuna verilmiş dilekçeler, beyannameler veya itirazlar olarak kabul edilir.

(2) Bir akit taraf mevzuatına göre verilen yardım hakkındaki bir dilekçe, bu Anlaşma nazarı itibare alınmak suretiyle, diğer akit taraf mevzuatına göre sözkonusu olan aynı mahiyetteki bir yardıma ilişkin dilekçe olarak da geçerlidir; bu husus, dilekçe sahibinin, bir akit taraf mevzuatına göre kazanılan yaşlılık aylığının tespitinin ileri bir tarihe ertelenmesini talep etmesi halinde geçerli değildir.

(3) Bir akit taraf mevzuatının uygulanmasında, bu akit tarafın bir makamına, bir merciine veya başka bir yetkili kuruluşuna belirli bir süre içerisinde verilecek olan dilekçeler, beyannameler veya itiraz başvuruları, aynı süre içerisinde diğer akit tarafın benzeri merciilerine verilebilir.

(4) 1 ila 3 üncü fıkralarda belirtilen hallerde, kendisine başvuruda bulunan merci, sözkonusu dilekçeleri, beyannameleri veya itiraz dilekçelerini, vakit geçirmeksizin diğer akit tarafın yetkili merciine iletir.

Madde 29**Ödeme Usulü**

(1) Bir akit tarafın sosyal sigorta mercilerinin, bu Anlaşmaya göre, diğer akit taraf ülkesinde bulunan hak sahiplerine yapacakları ödemeler, ödeme yükümlülüğünü kaldırarak şekilde ilk akit tarafın parası ile yapılır. Bu sosyal sigorta mercilerinin ödemeleri, diğer akit taraf ülkesinde bulunan sosyal sigorta mercilerine yapacak olmaları halinde, bu ödemelerin bu akit taraf devletinin parası ile yapılması zorunludur.

(2) Bu Anlaşmanın uygulanmasında gerekli olan meblağların havaleleri, her iki akit tarafın, havale sırasında geçerli olan, tediye anlaşmalarına göre yapılır.

Madde 30**Takip ve Tahsil Usulü**

Bir akit tarafın Sosyal Sigorta merciine borçlanılan primler, diğer akit taraf ülkesinde, bu ülkedeki benzeri bir merciye borçlanılan primlerin tahsili için geçerli olan idari yöntemlere göre yapılabilir.

Madde 31**Avansların Mahsubu**

(1) Akit taraflardan birinin Sosyal Sigorta merciinin, bir yardıma mahsuben bir avans ödemiş olması halinde, diğer akit tarafın mercii, kendi mevzuatına göre müstehak olunan aynı mahiyetteki bir yardımın aynı zaman bölümüne rastlayan fark ödemesini ilk akit taraf Sosyal Sigorta merciinin talebi üzerine ve onun nam ve hesabına mahfuz tutar. Bir akit taraf Sosyal Sigorta merciinin, diğer akit taraf ülkesindeki bir Sosyal Sigorta merciinin bilahare, aynı mahiyette yardımda bulunacağı bir süre için, gerekeninden fazla olarak bir yardımda bulunmuş olması halinde, bu yardımı aşan meblağ, bilahare ödenecek meblağ miktarı kadar, ilk cümle anlamında avans olarak yapılan bir ödeme olarak kabul edilir.

(2) Bir akit taraf ülkesindeki bir hak sahibine, bu hak sahibinin para yardımını talep etmeğe hakkı olduğu bir zaman aralığı içinde bir sosyal yardımın veya işsizlik sigortasından geçici bir yardımın yapılmış olması halinde, yükümlü Sosyal Sigorta mercii veya ödemeyi yapan Sosyal Sigorta mercii, talep üzerine ve ilgili Sosyal Sigorta merciinin nam ve hesabına olmak üzere aynı zaman aralığına rastlayan ve birikmiş olup ödenecek olan meblağların, ödenmiş bulunan yardım tutarındaki kısmı, sanki yardım, talepte bulunan Sosyal Sigorta merciinin ülkesinde bulunduğu akit taraf mevzuatına göre yapılmış gibi mahsup edilir.

Madde 32**Tazminat**

(1) Bir akit taraf mevzuatına göre, diğer akit taraf ülkesinde verilen bir zarar nedeniyle tazminat talep hakkı olan bir kimsenin, zarara uğranılan ülke mevzuatına göre, üçüncü kişilere karşı tazminat talep hakkı varsa, bu tazminatı talep etme hakkı uyguladığı mevzuata göre ilk akit taraf yetkili Sosyal Sigorta merciine geçer.

(2) Hasıl olan zarar dolayısı ile her iki akit taraf Sosyal Sigorta mercileri tazminat talep etmek hakkına sahip iseler, üçüncü şahıs, birinci fıkraya gereğince her iki taraf Sosyal Sigorta mercisine ödenmesi gereken tazminatı, bunlardan birine ödeyerek mükellefiyetini yerine getirmiş sayılabilir. Bu durumda her iki akit taraf Sosyal Sigorta mercileri müteselsil alacaklı sayılırlar ve alınacak tazminatı, yardımlarıyla orantılı olarak paylaşırlar.

Madde 33

İhtilafların Çözümü

(1) Akit taraf yetkili makamları, akit taraflar arasında bu Anlaşmanın yorumu ve tatbiki nedeni ile çıkacak tüm anlaşmazlıkları müzakere yolu ile halletmeye çalışırlar.

(2) Bir anlaşmazlığın bu şekilde altı ay içinde giderilmesi mümkün olmazsa, bu durumda anlaşmazlığın çözümü akit taraflardan birinin müracaatı üzerine aşağıdaki şekilde oluşturulacak olan bir hakem heyetine devredilir:

a) Anlaşmaya taraf olan her devlet anlaşmazlığın hakem heyeti tarafından giderilmesi ile ilgili müracaatın eline geçmesinden itibaren bir ay içinde bir hakem tayin eder. Bu şekilde tayin edilen iki hakem, hakemini son olarak atayan devletin bu atamayı bildirmesinden itibaren iki ay içinde üçüncü bir devletin uyruğundaki bir kişiyi üçüncü hakem olarak seçer.

b) Anlaşmaya taraf olan devletlerden birinin tespit edilen süre içinde hakem tayin etmemesi durumunda, diğer devlet Avrupa İnsan Hakları Mahkemesinin başkanına başvurarak, hakem tayin etmesini isteyebilir. Tayin edilen iki hakemin atanacak üçüncü hakemin seçimi konusunda mutabakata varamamaları halinde, aynı şekilde Avrupa İnsan Hakları Mahkemesine başvurulur.

c) Avrupa İnsan Hakları Mahkemesinin başkanının Anlaşmaya taraf olan devletlerden birinin uyruğunda olması halinde, bu madde ile kendisine verilen görevler mahkemenin başkan yardımcısına ya da aynı uyruқта olma durumunun söz konusu olmadığı en yüksek dereceli hakime devredilir.

(3) Hakem heyeti oy çokluğu ile karar verir. Heyetin kararları her iki devlet için de bağlayıcı niteliktedir. Anlaşmaya taraf olan her devlet kendisi tarafından atanan hakemin masraflarını karşılar. Diğer masraflar Anlaşmaya taraf olan devletlerce eşit oranda karşılanır. Hakem heyeti çalışma usullerini kendisi belirler.

Bölüm V

Geçici ve Son Hükümler

Madde 34

Geçici Hükümler

(1) Akit tarafların mevzuatlarında süresi içinde yapılan başvurularda geriye doğru geçerli olmak üzere belirli yardımların yapılacağıın öngörülmesi durumu hariç bu Anlaşmanın yürürlüğe girmesinden önce vaki olan ya da 35 inci maddenin 3 üncü fıkrası kapsamına giren kişiler için 1 Ekim 1996 tarihinden önceki yardım taleplerine mesnet teşkil etmez.

(2) Bu Anlaşmaya göre bir yardım hakkının tespiti için akit taraf mevzuatlarından birine göre bu Anlaşmanın yürürlüğe girmesinden önce geçirilmiş bulunan sigortalılık süreleri de dikkate alınacaktır.

(3) Bu Anlaşma birinci fıkra hükümleri saklı kalmak kaydı ile Anlaşmanın yürürlüğe girmesinden önce vuku bulan sigorta olayları için de daha önce tespit edilen talepler toplu olarak ödenmediği müddetçe geçerlidir.

(4) Bu Anlaşmanın yürürlük tarihinden önce kazanılmış haklar bu Anlaşma ile haleldar edilemez.

(5) 35 inci maddenin 3 üncü fıkrası kapsamına girmeyen bir kişinin bu Anlaşmanın yürürlüğe girmesinden itibaren iki yıl içinde yardım almak için müracaatta bulunması halinde, yardımların bu Anlaşmanın yürürlüğe girmesinden itibaren verilmesi gerekli olup, ilgilinin başvurusu süresi içinde yapılmadığı veya zaman aşımı ileri sürülerek reddedilemez.

Madde 35

Yürürlüğe Giriş

(1) Bu Anlaşma onaylanacaktır. Onay belgeleri mümkün olan en kısa zamanda Ankara'da teati edilecektir.

(2) Bu Anlaşma onay belgelerinin teati edildiği ayı takip eden ayın birinci günü yürürlüğe girer.

(3) Bu Anlaşma'nın sosyal güvenlik çerçevesindeki yardımlardan yararlanılması ve bu yardımların verilmesi ile ilgili hükümleri, 1 Ekim 1996 tarihinden itibaren akit taraflar arasındaki, bu tarihten önce geçerli olan Sosyal Güvenlik Anlaşmasının kapsamına giren şahıslara uygulanır. Bu Anlaşmanın yürürlüğe girmesinden önce sağlık yardımlarının yapılması bakımından değişik bir yöntemin uygulanmış olması halinde, bu uygulama aynen kabul edilir.

Madde 36

Yürürlükten Kalkma

(1) Bu Anlaşma süresiz olarak aktedilmiştir. Her bir akit taraf bir takvim yılı sonu itibarıyla altı aylık bir feshi ihbar süresine riayet ederek ve yazılı olarak diplomatik yoldan bu Anlaşmayı fesh edebilir.

(2) Fesih edilmesi halinde, bu Anlaşmanın müktesep haklara ilişkin hükümleri geçerli olmakta devam eder.

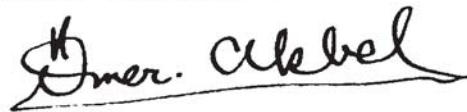
Her iki akit taraf yetkilileri Bu ANLAŞMAYI imzalamışlardır.

BU ANLAŞMA Viyana'da 28. Ekim 1999 tarihinde Almanca ve Türkçe olmak üzere iki orijinal nüsha halinde düzenlenmiş olup, her iki metin de aynı derecede geçerlidir.

Avusturya Cumhuriyeti adına:



Türkiye Cumhuriyeti adına:



Vorblatt

Problem:

Die Kündigung des Abkommens über soziale Sicherheit mit der Türkei zum 30. September 1996 ist zur Sicherstellung des Entfalls der Zahlung von österreichischen Familienbeihilfen für Kinder der Türkei erfolgt, da das Abkommen eine Teilkündigung nur für den Bereich der Familienbeihilfen nicht ermöglicht hat. Mit der Kündigung sind auch die Regelungen in den anderen Bereichen außer Kraft getreten, für deren Weiteranwendung der Abschluss eines entsprechend eingeschränkten Abkommens erforderlich ist.

Ziel und Inhalt:

Durch das vorliegende neue Abkommen wird der bisherige Schutz im Bereich der Kranken-, Unfall- und Pensionsversicherung mit im Wesentlichen gleichem materiellrechtlichen Inhalt aufrechterhalten, in formaler Hinsicht aber gleichzeitig an die anderen von Österreich in den letzten Jahren geschlossenen Abkommen über soziale Sicherheit angepasst.

Alternativen:

Keine.

Auswirkungen auf die Beschäftigung und den Wirtschaftsstandort Österreich:

Keine.

Kosten:

Keine.

EG-Konformität:

Gegeben.

Erläuterungen

Allgemeiner Teil

1. Allgemeine Überlegungen

Das vorliegende Abkommen über soziale Sicherheit mit der Türkei hat gesetzändernden und Gesetzesergänzenden Charakter und bedarf daher gemäß Art. 50 Abs. 1 B-VG der Genehmigung durch den Nationalrat. Es hat nicht politischen Charakter und ist der unmittelbaren Anwendung im innerstaatlichen Rechtsbereich zugänglich, sodaß eine Erlassung von Gesetzen gemäß Art. 50 Abs. 2 B-VG nicht erforderlich ist. Das Abkommen enthält keine verfassungsändernden oder verfassungsergänzenden Bestimmungen. Eine Zustimmung des Bundesrates gemäß Art. 50 Abs. 1 zweiter Satz B-VG ist nicht erforderlich, da keine Angelegenheiten geregelt werden, die den selbständigen Wirkungsbereich der Länder betreffen.

Hinsichtlich von Abkommen über soziale Sicherheit mit Drittstaaten sind die EU-Mitgliedstaaten durch keine EG-Vorschriften gebunden.

2. Das Abkommen im Allgemeinen

Die Kündigung des Abkommens über soziale Sicherheit mit der Türkei vom 2. Dezember 1982, BGBl. Nr. 91/1985 (im Folgenden als "bisheriges Abkommen" bezeichnet), ist zur Sicherstellung des Entfalls der Zahlung von österreichischen Familienbeihilfen für Kinder in der Türkei erfolgt, da eine Teilkündigung nur für den Bereich der Familienbeihilfen nicht möglich war.

Mit der Kündigung zum 30. September 1996 (BGBl. Nr. 349/1996) sind auch die Regelungen in den anderen Bereichen (Kranken-, Unfall- und Pensionsversicherung) außer Kraft getreten. Durch das Außerkrafttreten des bisherigen Abkommens wurde ab 1. Oktober 1996 das zwischen den beiden Staaten bestehende Europäische Abkommen über soziale Sicherheit, BGBl. Nr. 428/1977, anwendbar, das aber im Wesentlichen nur für den Bereich der Unfall- und Pensionsversicherung unmittelbar anwendbare Bestimmungen enthält. Durch den Abschluß des vorliegenden neuen Abkommens werden die Bestimmungen in den Bereichen der Kranken-, Unfall- und Pensionsversicherung wieder entsprechend dem bisherigen Abkommen umfassend geregelt.

Hinsichtlich des persönlichen Geltungsbereiches des bisherigen Abkommens ist darauf hinzuweisen, daß dieser grundsätzlich auf die Staatsangehörigen der beiden Vertragsstaaten eingeschränkt war, das Abkommen aber auf Grund des Europäischen Abkommens über soziale Sicherheit, auch auf die Staatsangehörigen der anderen Vertragsstaaten des Europäischen Abkommens anzuwenden war. Das neue Abkommen umfaßt daher wie die anderen von Österreich geschlossenen neuen Abkommen über soziale Sicherheit ohne Rücksicht auf ihre Staatsangehörigkeit alle Personen, die nach den Rechtsvorschriften eines der beiden Vertragsstaaten versichert sind oder waren, sowie ihre Angehörigen und Hinterbliebenen.

Im Bereich der Pensionsversicherung wird wie bereits in den Zusatzabkommen mit Kanada, den USA und der Schweiz (BGBl. Nr. 570/1996, BGBl. Nr. 779/1996 bzw. BGBl. III Nr. 203/1998) sowie in allen neuen bilateralen Abkommen im Hinblick auf eine wesentliche Vereinfachung der Pensionsberechnung in allen zwischenstaatlichen Fällen an Stelle der bisher vorgesehenen Berechnung entsprechend dem Zeitenverhältnis ("pro-rata-temporis") die Berechnung der österreichischen Leistungen ausschließlich auf der Grundlage der österreichischen Versicherungszeiten vorgesehen ("Direktberechnung").

Darüber hinaus schließt das neue Abkommen im Bereich der Krankenversicherung in Anpassung an die entsprechenden Regelungen im Art. 22 der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 eine gezielte Inanspruchnahme einer ärztlichen Betreuung im anderen Vertragsstaat ohne Genehmigung des zuständigen Trägers aus.

Zusammenfassend sieht das vorliegende neue Abkommen vor:

- a) eine Rechtsgrundlage für die weiteren Beziehungen zwischen Österreich und der Türkei im Bereich der Kranken-, Unfall- und Pensionsversicherung,
- b) eine formale Neugestaltung des Abkommens insbesondere im Bereich der Krankenversicherung sowie durch die Einbeziehung der Bestimmungen des Schlußprotokolls in das Abkommen,
- c) die zwischenstaatliche Pensionsberechnung in allen Fällen durch Direktberechnung und
- d) seine rückwirkende Anwendung unmittelbar im Anschluß an das Außerkrafttreten des bisherigen Abkommens.

3. Finanzielle Auswirkungen

Hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen ist zunächst darauf hinzuweisen, dass die Kündigung des bisherigen Abkommens zur Sicherstellung des Entfalls der Zahlung von österreichischen Familienbeihilfen für Kinder in der Türkei erfolgt ist, woraus sich eine jährliche Einsparung von rund 270 Millionen Schilling ergibt.

In den anderen Bereichen (Kranken-, Unfall- und Pensionsversicherung) wurde das vorliegende Abkommen zwar in formaler Hinsicht an die in jüngster Zeit geschlossenen neuen Abkommen angepaßt, in materiellrechtlicher Hinsicht entspricht es aber im Wesentlichen den Regelungen des bisherigen Abkommens.

In diesem Zusammenhang ist hinsichtlich der Ausweitung des persönlichen Geltungsbereiches des Abkommens zu berücksichtigen, daß sich dieser bereits bisher auf alle Staatsangehörigen der Vertragsstaaten des Europäischen Abkommens über soziale Sicherheit bezogen hat und sich daher aus der Ausweitung mangels Fluktuation anderer Staatsangehöriger zwischen den beiden Vertragsstaaten im Bereich der Pensionsversicherung praktisch keine finanziellen Auswirkungen ergeben werden.

Zu den finanziellen Auswirkungen des Umstieges von der zwischenstaatlichen Pensionsberechnung nach der Pro-rata-temporis-Methode auf die Direktberechnung ist zunächst darauf hinzuweisen, daß diese primär einer wesentlichen Verwaltungsvereinfachung dient und sich dadurch entsprechende Einsparungen bei den Verwaltungskosten ergeben werden. Darüber hinaus wird die Direktberechnung in den Fällen, in denen allein auf Grund der österreichischen Versicherungszeiten ein Leistungsanspruch besteht, unter Berücksichtigung der Übernahme des EG-Rechts mit 1. Jänner 1994 bereits ab diesem Zeitpunkt angewendet. Auch in den wenigen Fällen, in denen der österreichische Leistungsanspruch nur unter Berücksichtigung türkischer Versicherungszeiten besteht (jährlich rund 550 Fälle), wird im Hinblick auf eine einheitliche Rechtsanwendung im Verhältnis zu allen Nicht-EU/EWR-Staaten die Direktberechnung bereits seit Kündigung des bisherigen Abkommens angewendet, wobei bisher im Einzelfall mögliche geringfügige Mehrkosten aus den unterschiedlichen Steigerungsbeträgen durch den mit der Pensionsreform 1997 vorgesehenen einheitlichen Steigerungsbetrag ab 1. Jänner 2000 nicht mehr zum Tragen kommen, andererseits aber sogar geringfügige Einsparungen durch die Nichtberücksichtigung der türkischen Versicherungszeiten bei vorgezogenem Pensionsbeginn möglich sein werden.

Insgesamt wird sich aus der Durchführung des neuen Abkommens daher gegenüber der Rechtslage vor der Kündigung des bisherigen Abkommens bzw. der Rechtslage auf Grund der Anwendung des Europäischen Abkommens über soziale Sicherheit weder eine Vermehrung des Personalaufwandes noch ein finanzieller Mehraufwand (Beitrag des Bundes zu den einzelnen Zweigen der Pensionsversicherung) ergeben.

Besonderer Teil

Die einzelnen Bestimmungen des vorliegenden neuen Abkommens entsprechen im Wesentlichen dem bisherigen Abkommen, wurden aber in formaler Hinsicht an die anderen von Österreich in den letzten Jahren geschlossenen Abkommen über soziale Sicherheit angepaßt. Gleichzeitig wurden die einzelnen Regelungen des bisherigen Schlussprotokolls zu den entsprechenden Bestimmungen des Abkommens aufgenommen. Im Folgenden werden die Bestimmungen des neuen Abkommens mit den entsprechenden Bestimmungen des bisherigen Abkommens gegenübergestellt, gleichzeitig wird auf die wesentlichsten Unterschiede hingewiesen, hinsichtlich der formalen Neugestaltung insbesondere auf die neuen Abkommen mit Kroatien und Slowenien (BGBl. III Nr. 162 bzw. 103/1998).

Allgemeine Bestimmungen

Art. 1 = Art. 1 (Begriffsbestimmungen).

Art. 2 = Art. 2 (sachlicher Geltungsbereich):

Unter Berücksichtigung der Kündigung des bisherigen Abkommens enthält das neue Abkommen keine Regelungen mehr betreffend den Bereich der Familienbeihilfen.

Art. 3 = Art. 3 (persönlicher Geltungsbereich):

Wie bereits einleitend darauf hingewiesen wurde, war der persönliche Geltungsbereich des bisherigen Abkommens grundsätzlich auf die Staatsangehörigen der beiden Vertragsstaaten eingeschränkt, das Abkommen war aber auf Grund des Europäischen Abkommens über soziale Sicherheit auch auf die Staatsangehörigen der anderen Vertragsstaaten des Europäischen Abkommens anzuwenden. Die

Anwendung des neuen Abkommens ist daher wie die anderen von Österreich geschlossenen neuen Abkommen im persönlichen Geltungsbereich nicht beschränkt.

Art. 4 = Art. 4 und Z 2 des Schlußprotokolls (Gleichbehandlung der Staatsangehörigen).

Art. 5 = Art. 5 und Z 3 des Schlußprotokolls (Gebietsgleichstellung).

Bestimmungen über die anzuwendenden Rechtsvorschriften

Art. 6 = Art. 6 (Territorialitätsprinzip):

Die neue Bestimmung des Abs. 2 betreffend die generelle Zuordnung der Beamten zum Herkunftsstaat entspricht der diesbezüglichen EG-Regelung (Art. 13 Abs. 2 lit. d der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71).

Art. 7 = Art. 7 (Ausnahmen).

Art. 8 = Art. 8 (diplomatisches Personal).

Art. 9 = Art. 9 (Ausnahmevereinbarungen).

Krankheit, Mutterschaft und Tod (Sterbegeld)

Art. 10 = Art. 10 (Zusammenrechnung der Versicherungszeiten).

Art. 11 = Art. 12 Abs. 1 bis 4 und 6, Art. 13 und Z 5 des Schlussprotokolls (aushilfsweise Sachleistungsgewährung):

In formaler Hinsicht wurden die Bestimmungen betreffend die aushilfsweise Sachleistungsgewährung während eines vorübergehenden Aufenthaltes oder bei Wohnort im anderen Vertragsstaat in einem Artikel zusammengefaßt und an die EG-Regelungen (Art. 22 Abs. 1 der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71) angepaßt.

Art. 12 = Art. 12 Abs. 5 (Geldleistungen).

Art. 13 = Art. 14 (Krankenversicherung der Pensionisten).

Art. 14 = Art. 15 (aushelfender Träger).

Art. 15 = Art. 16 und Z 6 des Schlußprotokolls (Kostenerstattung).

Art. 16 = Art. 17 (Sterbegeld).

Alter, Invalidität und Tod (Pensionen)

Art. 17 = Art. 18 sowie Art. 20 Z 8 und Art. 21 Z 5 (Zusammenrechnung der Versicherungszeiten):

Ergänzend zu der bisherigen generellen Bestimmung (Abs. 1) fasst Abs. 2 die beiden bisher ergänzenden unilateralen Regelungen betreffend die Zusammenrechnung der Versicherungszeiten in Sondersystemen in einer bilateralen Regelung zusammen.

Art. 18 = Art. 19 Abs. 2 (Mindestversicherungszeit).

Art. 19 = Art. 19 Abs. 1 lit. a sowie Art. 20 Z 3 lit. b und Z 8 des Schlußprotokolls (Feststellung der österreichischen Leistungsansprüche).

Art. 20 = Art. 19 lit. b und c sowie Art. 20 (Berechnung der österreichischen Leistungen):

Abs. 1 trägt dem im EG-Recht im Bereich der Pensionsversicherung innewohnenden Grundsatz Rechnung, nach dem innerstaatlich gebührende Leistungsansprüche durch zwischenstaatliche Regelungen nicht gemindert werden dürfen, und der auch bereits in alle bisherigen neuen Abkommen über soziale Sicherheit aufgenommen worden war.

Abs. 2 sieht die Berechnung der österreichischen Leistungen ausschließlich auf Grund der österreichischen Versicherungszeiten ("Direktberechnung") an Stelle der bisherigen Berechnung im Zeitenverhältnis ("Pro-rata-temporis-Berechnung") auch in den zwischenstaatlichen Fällen vor, in denen der Leistungsanspruch nur unter Berücksichtigung der türkischen Versicherungszeiten besteht. Diese einer wesentlichen Vereinfachung der Pensionsberechnung dienende Direktberechnung entspricht wörtlich den bereits im Verhältnis zu anderen Vertragsstaaten getroffenen Regelungen (zB Art. 22 Abs. 3 des Abkommens mit Kroatien und Art. 23 Abs. 2 des Abkommens mit Slowenien).

Art. 21 = Art. 19 Abs. 1 lit. a und Art. 21 Z 1 und 2 sowie Z 7 des Schlußprotokolls (Feststellung der türkischen Leistungsansprüche).

Art. 22 = Art. 19 Abs. 1 lit. b und c sowie Art. 21 Z 6 (Berechnung der türkischen Leistungen):

Art. 22 sieht die erforderlichen Regelungen für die Berechnung der türkischen Leistungen vor, wobei bei Anspruch allein auf Grund der türkischen Versicherungszeiten – wie auf österreichischer Seite – die Berechnung der Leistungen nach innerstaatlichem Recht vorgesehen ist (Abs. 1), während in den Fällen, in denen der Anspruch nur unter Berücksichtigung der österreichischen Versicherungszeiten besteht, die Leistungen wie bisher nach der Pro-rata-temporis-Methode berechnet werden (Abs. 2).

Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten

Art. 23 = Art. 24 (aushilfsweise Sachleistungsgewährung).

Art. 24 = Art. 25 (Entschädigung von Berufskrankheiten).

Verschiedene Bestimmungen

Die Art. 25 bis 33 entsprechen fast wörtlich den Art. 32 bis 40 des bisherigen Abkommens, wobei insbesondere die neue Streitbeilegungsregelung (Art. 33) an die im neuen Abkommen mit Slowenien getroffene Regelung (Art. 35) angepaßt wurde:

Art. 25 Abs. 1 = Art. 32 Abs. 1 (Durchführungsvereinbarung).

Art. 25 Abs. 2 = Art. 32 Abs. 2 (Rechtsänderungen).

Art. 25 Abs. 3 = Art. 32 Abs. 3 (Amtshilfe).

Art. 25 Abs. 4 = Art. 32 Abs. 4 (Direktverkehr).

Art. 25 Abs. 5 = Art. 32 Abs. 5 (Amtssprachen).

Art. 25 Abs. 6 = Art. 32 Abs. 6 (ärztliche Untersuchungen).

Art. 26 = Art. 33 (Verbindungsstellen).

Art. 27 = Art. 34 (Gebührenbefreiungen).

Art. 28 = Art. 35 (Antragsgleichstellung).

Art. 29 = Art. 36 (Zahlungsverkehr).

Art. 30 = Art. 37 Abs. 1 (Vollstreckungshilfe).

Art. 31 = Art. 38 (Verrechnung von Vorschüssen).

Art. 32 = Art. 39 (Übergang von Schadenersatzansprüchen).

Art. 33 = Art. 40 (Streitbeilegung).

Übergangs- und Schlußbestimmungen

Art. 34 = Art. 41 (Übergangsbestimmungen).

Art. 35 = Art. 43 Abs. 1 und 2 (Inkrafttreten):

Die Kündigung des bisherigen Abkommens ist ausschließlich zur Sicherstellung des Entfalls der Zahlung von österreichischen Familienbeihilfen für Kinder in der Türkei erfolgt. Zur Wahrung der Rechte der vom bisherigen Abkommen erfaßten Berechtigten in den anderen Bereichen sieht Abs. 3 daher für diesen Personenkreis eine rückwirkende Anwendung des Abkommens unmittelbar im Anschluß an das Außerkrafttreten des bisherigen Abkommens vor.

Art. 36 = Art. 43 Abs. 3 und 4 (Außerkrafttreten).